

<p>***</p> <p style="text-align: center;"><u>Datum : 06.08.2022</u></p>	<p style="text-align: right;">Amtsgericht / Familiengericht Mosbach Hauptstraße 10 74821 Mosbach FAX: +49626187639</p>
<p>EINLADUNG ZUR PROZESSBEOBACHTUNG !!! ZUR AUFARBEITUNG VON NATIONALSOZIALISTISCHEM UNRECHT UND NATIONALSOZIALISTISCHEN VERBRECHEN, BEIM AMTSGERICHT MOSBACH</p> <p>6F 9/22</p>  <p>Wiederaufnahmeverfahren zur Wiedergutmachung für die Angehörigen von NS-Verfolgten und NS-Opfern afrikanischer Herkunft: Hier Martha Ndumbe</p> <p>http://www.nationalsozialismus-in-mosbach-baden.info/</p>	
<p style="text-align: center;">6F 9/22</p> <p>Direktor des Amtsgerichts Mosbach Dr. Lars Niesler Hauptstraße 10, 74821 Mosbach +49626187639 und +49626187460 poststelle@AGMosbach.justiz.bwl.de Amtsgericht / Familiengericht Mosbach Hauptstraße 10 74821 Mosbach FAX: +49626187639</p>	<p style="text-align: center;">Aktenzeichen 3.23214</p> <p>Erster Landesbeamter am Landratsamt Dr. Björn-Christian Kleih 06261/84-4700 bjoern-christian.kleih@neckar-odenwald-kreis.de Jugendamt Neckar-Odenwald-Kreis Marion Walter-Hannak Renzstr. 12, 74821 Mosbach Fax +496261844740 Leonie Müller Eberstadter Straße 52, 74722 Buchen Fax: +49628152124742</p>
<p>Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten – VVN/BdA berlin@vvn-bda.de, pankow@vvn-bda.de, webmaster@vvn-bda-lg.de</p>	<p style="text-align: center;">E 313/1 – 12/2022</p> <p>Präsidentin des Landgerichts Mosbach Jutta Kretz Hauptstraße 110, 74821 Mosbach +4962618733 poststelle@lgmosbach.justiz.bwl.de</p>
<p style="text-align: center;"><u>1403 (2022)-Z5 2085/2022</u></p> <p>Bundesminister der Justiz, Dr. Marco Buschmann, Mohrenstraße 37, 10117 Berlin +4930185809525 internetpost@bundesregierung.de</p>	<p style="text-align: center;">JUMRIX-E-1402-41/878/4</p> <p>Ministerin Marion Gentges Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg Schillerplatz 4, 70173 Stuttgart +497112792264 poststelle@jum.bwl.de</p>
<p>Antidiskriminierungsstelle des Bundes beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben Glinkastraße 24, 10117 Berlin +49301855541865 beratung@ads.bund.de</p>	<p>Regierungspräsidentin Sylvia M. Felder Regierungspräsidium Karlsruhe Schlossplatz 1 - 3 76131 Karlsruhe pressestelle@rpk.bwl.de, poststelle@rpk.bwl.de</p>

Bildungsstätte Anne Frank Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen Hansaallee 150, 60320 Frankfurt am Main info@bs-anne-frank.de	Auswärtiges Amt Fachstelle Entschädigung und Wiedergutmachung für NS-Unrecht 11013 Berlin Fax: +49 30 5000 51000 poststelle@auswaertiges-amt.de
Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und die Bekämpfung von Antisemitismus beim Bundesministerium des Innern und für Heimat, Herr Dr. Felix Klein, poststelle@bmi.bund.de	Bundesbeauftragte für Antirassismus beim Kanzleramt, Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration Reem Alabali-Radovan reem.alabali-radovan.ma02@bundestag.de moin-wahlkreis@reem-alabali-radovan.de
Jüdische Gemeinde Pforzheim Emilienstrasse 20-22, 75172 Pforzheim E-Mail: info@jgpf.de sekretariat@jgpf.de	Zentralrat der Juden in Deutschland Leo-Baeck-Haus, 10061 Berlin +493028445613 info@zentralratderjuden.de
KZ Kochendorf Gedenkstätte-Salzbergwerk Bad Friedrichshall Stadtmarketing Bad Friedrichshall +497136832142 tourist@friedrichshall.de	KZ-Gedenkstätte Neckarelz Mosbacher Straße 39 74821 Mosbach - Neckarelz +496261672381 vorstand@kz-denk-neckarelz.de

6F 9/22 beim AG/FG Mosbach
OFFIZIELLE ANTRÄGE AN DAS AMTSGERICHT-FAMILIENGERICHT MOSBACH :
ZUR AUFARBEITUNG VON NATIONALSOZIALISTISCHEM UNRECHT UND
NATIONALSOZIALISTISCHEN VERBRECHEN
Wiederaufnahmeverfahren zur Wiedergutmachung für
die Angehörigen von NS-Verfolgten und NS-Opfern afrikanischer Herkunft:
Hier Martha Ndumbe

Verteilerliste : Nach einfacher Faxübermittlung an AG MOS mindestens weitere vier Kopien der KV-Eingaben postalisch per Einschreiben an das AG/MOS zur jeweiligen Verteilung durch das AG MOS an die amtsseitig bekannte Verteilerliste der Verfahrensbeteiligten gemäß gerichtlicher Absprache vom 25.04.2022 unter 6F 9/22.

Hiermit ergeht der zuvor benannte offizielle Strafantrag an das AG/FG Mosbach unter 6F 9/22 vom 06.08.2022.

BEGRÜNDUNG UND GLAUBHAFTMACHUNG:

In den späten 1920er Jahren und besonders im Verlauf der 1930er Jahren verschlechterte sich die soziale und wirtschaftliche soziale Situation, weil die meisten schwarzen Menschen in Deutschland rapide aufgrund zunehmender Diskriminierung und der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen immer mehr von Bildungsinstitutionen und von vielen Erwerbstätigkeiten ausgeschlossen wurden. Ab 1935 mit der Einführung der Nürnberger Rassengesetze und danach mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verschlechterte sich die Lage für schwarze Menschen, die noch in Deutschland lebten, dramatisch. Martha wurde am 27. Juli 1902 in Berlin geboren, als Tochter von Dorothea Grunwaldt aus Hamburg und dem Kameruner Jacob Ndumbe aus Douala. Ihr Vater kam 1896 nach Deutschland als Teilnehmer der Ersten Deutschen Kolonialausstellung nach Berlin. Jacob war einer von 106 Menschen aus den deutschen Kolonien, die im Treptower Park zur Schau gestellt wurden. Marthas Existenz war in der von den Nazis angestrebten Volksgemeinschaft zunehmend gefährdet. Im Juni wurde Martha nach Ravensburg gebracht und dort wurde sie am 9. Juni 1944 als sogenannte Asoziale inhaftiert. Martha war einer von mindestens 5 schwarze Frauen die in Ravensburg eingesperrt wurden. Sie wurde am 5. Februar 1945 im Alter von 42 Jahren ermordet. Marthas Mutter Dorothea hatte in den 1950er Jahren einen erfolgreichen

Wiedergutmachungsantrag auf Entschädigung für den Verlust ihrer Tochter eingereicht und darin bezeugte sie das Leid von Martha aufgrund der Rassendiskriminierung, dass sie während ihres Lebens erlitten hatte. Aber als von den Nazis abgestempelte „Asoziale“ wurde Marthas Leiden von den Behörden nicht anerkannt. Nach Ansicht des Antragstellers ist es unzulässig, dass die BRD-Justiz die Nazi-Diskriminierungsstigmata der jeweiligen NS-Verfolgtengruppen übernimmt und in der BRD-Rechtsprechung weiterhin aufrecht erhält, denn die nazi-ideologische rassistische Erfassung mit den NS-Akten wird hier eindeutig fortgesetzt. Siehe dazu auch öffentlich frei verfügbare Medienberichte.

SACHVERHALTSMITTLUNGS- UND AUFKLÄRUNGSPFLICHT DES GERICHTS

Das Gericht selbst ist von Amtswegen zur umfassenden Sachverhaltsermittlung und -aufklärung **nach § 26 FamFG, § 27 FamFG, § 44 FamFG, § 138 ZPO** verpflichtet, um möglichst eine Verletzung der Ansprüche auf rechtliches Gehör und faires Verfahren **nach § 10 AEMR, § 6 EMRK, § 103 Abs. 1 GG** sowie auf die Achtung des Familienlebens **nach § 8 EMRK** sowie auf das Recht auf Meinungsfreiheit **§ 19 AEMR, § 11 EMRK, § 5 GG** sowie auf das Recht auf Diskriminierungsverbot **§ 14 EMRK** auszuschließen.

GERICHTLICH EINZUHOLENDE STELLUNGNAHMEN

Beim hier fallverantwortlichen Spruchkörper des Amtsgerichts Mosbach wird unter 6F 9/22 offiziell beantragt von allen Verfahrensbeteiligten inklusive der involvierten Fachstellen (Jugendamt Neckar-Odenwaldkreis beim Landratsamt Mosbach unter Aktenzeichen 3.23214 und der gerichtlich bestellten Verfahrensbeiständin) offizielle Stellungnahmen in der hier anhängigen Rechtssache „Wiederaufnahmeverfahren zur Wiedergutmachung für die Angehörigen von NS-Verfolgten und NS-Opfern afrikanischer Herkunft: Hier Martha Ndumbe.“ ordnungsgemäß und vollständig zeitnah einzuholen.

INTERNET-VERÖFFENTLICHUNGEN

Hiermit erfolgt offiziell die Antragsteller-Freigabe des vorliegenden Antrages vom 06.08.2022 unter 6F 9/22 in vorliegender Rechtssache „Wiederaufnahmeverfahren zur Wiedergutmachung für die Angehörigen von NS-Verfolgten und NS-Opfern afrikanischer Herkunft: Hier Martha Ndumbe.“ zur frei zugänglichen Veröffentlichung in den Internetpräsenzen des Amtsgerichts Mosbach sowie der BRD-Justizinstitutionen sowie in den Internetpräsenzen der BRD-Universitäten und Fachhochschulen sowie in den Internetpräsenzen sämtlicher BRD-Bildungseinrichtungen.

Der vorliegende Strafantrag in vorliegender Rechtssache beim Amtsgericht-Familiengericht Mosbach wird mit begleitender Falldokumentation auf der folgenden Website frei zugänglich im Internet veröffentlicht: Die Internet-Präsenz " Nationalsozialismus in Mosbach - Baden und Württemberg : Rechtsextremismus und Neofaschismus : Rassismus und Diskriminierung : Anti-Semitismus : Homophobie " ist ein Linkportal und Informationsangebot zu regionalen Ereignissen im Prioritäten-Fokus zu Mosbach, Baden und Württemberg.

<http://www.nationalsozialismus-in-mosbach-baden.info/>

Beim fallverantwortlichen Spruchkörper am Amtsgericht Mosbach wird hiermit am 06.08.2022 unter 6F 9/22 die Veranlassung mit transparenter Bestätigungsmitteilung an alle Verfahrensbeteiligten beantragt, die hier anhängige RECHTSSACHE mit kritischer Dokumentation sowie die entsprechende Verfahrens- und Falldokumentationen auf den Internet-/bzw. Websites des Amtsgericht Mosbach frei zugänglich zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen
